

Staatsverschuldung – (k)ein Problem? – Materialsammlung –

Stunde 1+2:

Einstieg:

M1



Quelle: Rabe, https://www.toonpool.com/cartoons/Sonderverm%C3%B6gen_459660 (Zugriff: 1.10.2025).

Sachmaterial:

M1 Funktionen des Staatshaushaltes



Quelle: Bauer, M. et al. (2013): *Kompendium Politik. Politik und Wirtschaft für die Oberstufe*. Bamberg: Buchners, S. 123.

Sachmaterial/Tendenzmaterial:

M2 Wirtschaftskrise: Das sind die größten Baustellen der deutschen Wirtschaft

Mehr Arbeitslose und Insolvenzen und kaum Land in Sicht: Die deutsche Wirtschaft kommt nicht von der Stelle. Dafür sind nicht nur konjunkturelle, sondern vor allem auch strukturelle Probleme verantwortlich – und die lassen sich nicht schnell lösen.

Wo steht Deutschland wirtschaftlich?

- 5 Quartal für Quartal gibt es beim deutschen Bruttoinlandsprodukt mal ein kleines Plus, mal ein Minus oder einfach eine Null. „Die deutsche Volkswirtschaft kommt seit geraumer Zeit nicht von der Stelle“, sagt der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther. Und auch die Aussichten sind nicht gut. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt, es gibt wieder mehr Arbeitslose. Die Investitionen sinken hingegen. Das ist laut Hüther besonders
- 10 problematisch, da es dabei um Entscheidungen geht, die Unternehmen mit der Zukunft verbinden. „Da sehen wir außerordentlich schlecht aus“, warnt der Ökonom.

Welche strukturellen Probleme hat die deutsche Wirtschaft?

- Konjunkturelle Faktoren, die die Wirtschaft belasten, können sich zeitnah ändern. Anders sieht es bei strukturellen Problemen aus. Das ifo-Institut bezeichnet die gegenwärtige Flaute
- 15 als in erster Linie strukturelle Krise. Dabei geht es um Probleme, deren Lösung dauern wird.

Umbau zur klimaneutralen Industrie

- In den kommenden 20 Jahren soll die deutsche Wirtschaft klimaneutral werden. Dafür müssen Wirtschaftsabläufe so umgebaut werden, dass sie deutlich weniger CO₂ produzieren. In Deutschland gibt es vergleichsweise viel Industrie. Diese auf klimaneutral zu
- 20 trimmen ist möglich, aber auch sehr aufwendig und teuer.

- Das liegt in erster Linie daran, dass grüner Strom, der für eine CO₂-neutrale Produktion benötigt wird, immer noch sehr kostspielig ist. Auch grüner Wasserstoff, der bei Herstellungsverfahren, die hohe Temperaturen erfordern, benötigt wird, ist noch nicht ausreichend vorhanden. Einige Unternehmen denken daher offen über einen Umzug ins
- 25 Ausland nach, anstatt in Deutschland zu investieren.

Fehlende Investitionen in Infrastruktur

- In Deutschland gibt es einen massiven Investitionsstau bei der Infrastruktur. Von insgesamt rund 130.000 Brücken sind mehrere Zehntausend in Zustandigkeit von Bund, Ländern, Kommunen und Deutscher Bahn sanierungsbedürftig. Hunderte Kilometer Schienen müssen
- 30 erneuert werden.

Auch der Ausbau des Stromnetzes geht nur schleppend voran. Und sogar beim Internet hinkt Deutschland im internationalen Vergleich hinterher. Während im OECD-Durchschnitt 40 Prozent aller Breitbandanschlüsse Glasfaser sind, sind es in Deutschland gerade einmal elf Prozent.

Quelle: Deutschlandfunk: „Wirtschaftskrise: Das sind die größten Baustellen der deutschen Wirtschaft!“, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/wirtschaftskrise-deutschland-wirtschaftliche-lage-100.html> (Zugriff: 10.09.2025).

M3a Doch was sind „Sondervermögen“?

In Deutschland müssen sich zu erwartende Einnahmen und Ausgaben des Bundes im Bundeshaushalt wiederfinden. Eine Ausnahme bilden Sondervermögen. Sie werden beispielsweise eingerichtet, um umfangreiche und mehrjährige Maßnahmen für einen ganz bestimmten Zweck zu finanzieren. Sondervermögen werden per Gesetz errichtet und
5 müssen dieselben Anforderungen erfüllen wie der Bundeshaushalt. Sie werden wirtschaftlich getrennt vom übrigen Bundesvermögen verwaltet und abgerechnet. Das Geld stammt aus dem normalen Haushalt oder aus eigenen Einnahmen. Sondervermögen dürfen auch Kredite aufnehmen, wenn das Gesetz es vorsieht. So ist das beim Sondervermögen für die Bundeswehr.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen: „Was sind Sondervermögen“, abrufbar unter:
<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Video-Textfassungen/Finanzisch/textfassung-sondervermoegen.html> (Zugriff: 28.08.2025).

M3b Grundgesetzänderung für Verteidigung und Sondervermögen

500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaschutz wurden als Sondervermögen in das Grundgesetz aufgenommen und von der Schuldenbremse ausgenommen. [...]

100 Milliarden Euro von diesen 500 Milliarden Euro sollen den Ländern für Investitionen zur Verfügung gestellt werden – in der Praxis werden diese das Geld wohl zu großen Teilen an
5 die Kommunen weitergeben. 100 Milliarden Euro sollen zudem in den Klima- und Transformationsfonds fließen. Der Klima- und Transformationsfonds war bereits 2010 unter der damaligen Regierung aus CDU/CSU und FDP beschlossen worden. Die Investitionen sollen nun über einen Zeitraum von zwölf Jahren bewilligt werden können.

Zudem einigten sich Union, SPD und Grüne darauf, dass es sich zwingend um „zusätzliche“
10 Investitionen handeln muss. Im Grundgesetz heißt es künftig: „Zusätzlichkeit liegt vor, wenn im jeweiligen Haushaltsjahr eine angemessene Investitionsquote im Bundeshaushalt erreicht wird.“ Zur Konkretisierung wird ausgeführt, dass dies der Fall sei, „wenn der im jeweiligen Haushaltsjahr insgesamt veranschlagte Anteil an Investitionen 10 vom Hundert der Ausgaben im Bundeshaushalt ohne Sondervermögen und finanzielle Transaktionen
15 übersteigt“. Ausgenommen sind die Mittel, die den Ländern für Investitionen zur Verfügung gestellt werden.

Wofür das Geld aus dem Infrastrukturpaket konkret eingesetzt wird, kann der künftige Bundestag per einfachem Gesetz beschließen. Politikerinnen und Politiker von SPD und
20 Union betonten zuletzt immer wieder, das Geld werde etwa in das sanierungs- und ausbaubedürftige Schienennetz sowie in Straßen, Wasserwege, Brücken, Schulen oder den Bau von Kitas fließen. Auch zusätzliche Investitionen in das Stromnetz könnten so finanziert werden. Den Grünen war wichtig, dass auch Gelder für erneuerbare Energien und kommunale Wärmenetze bewilligt werden können. [...]

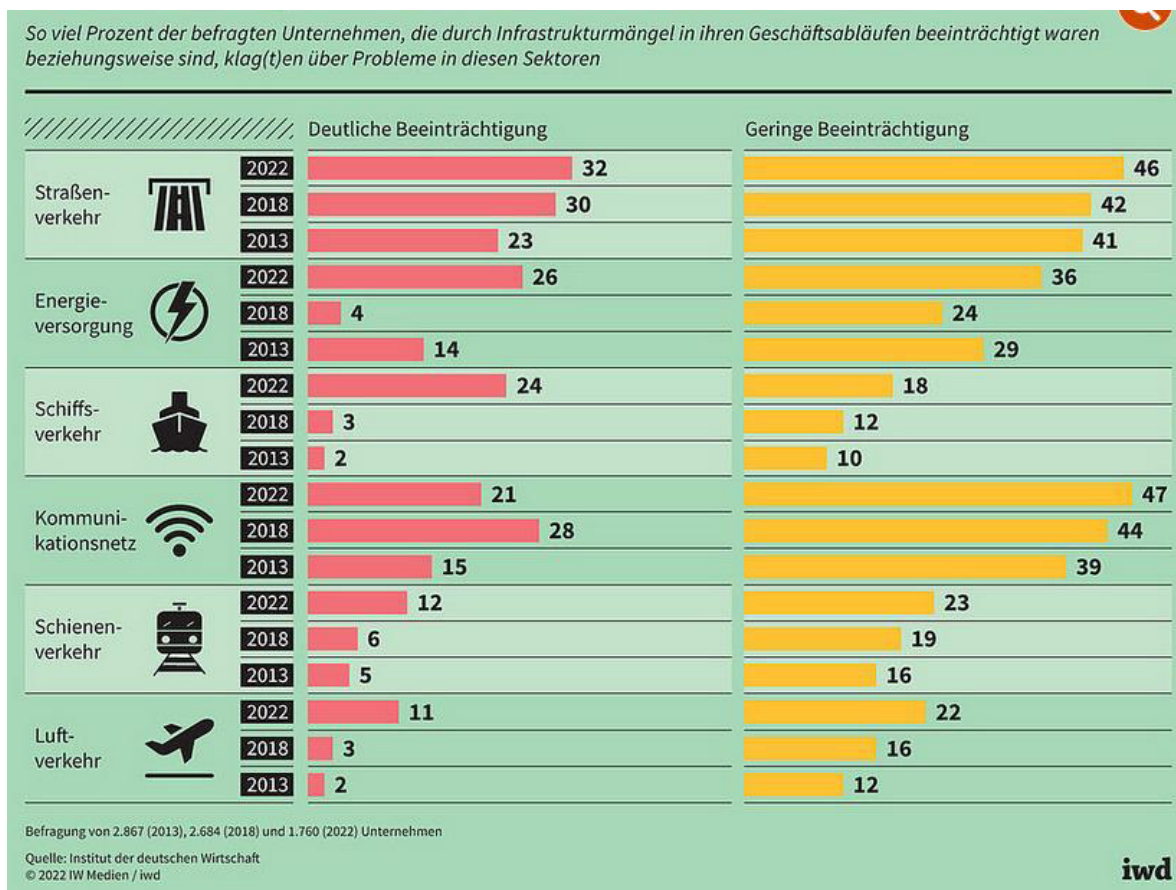
Die deutliche Steigerung der Investitionen in die Infrastruktur begründen Befürworterinnen und Befürworter mit deren schlechtem Zustand. Straßen, Schienen, Brücken sowie Schulen
25 und Kitas seien oft marode und baufällig, die Verkehrsnetze müssten dringend saniert und ausgebaut werden, und auch die Verkehrs- und Energiewende benötige dringend mehr Geld. Tatsächlich hat sich zum Beispiel der Zustand des deutschen Schienennetzes laut Expertinnen und Experten in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert.
30 Wirtschaftsinstitute erhoffen sich durch das Finanzpaket einen Schub für das

35 Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. So rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für das kommende Jahr mit einer um einen Prozentpunkt höheren Wachstumsrate von 2,1 Prozent als ohne das Sondervermögen. Zugleich mahnen die Expertinnen und Experten dringende Reformen an, insbesondere einen Bürokratieabbau und die Schaffung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Kritikerinnen und Kritiker führen dagegen an, dass die steigende Schuldenlast künftige Generationen massiv belastet. Auch würden steigende Zinsen an den Finanzmärkten es anderen EU-Staaten erschweren, notwendige Ausgaben durch Staatsschulden zu finanzieren, und steigende Bauzinsen hierzulande den Wohnraumangel verschärfen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: „Grundgesetzänderung für Verteidigung und Sondervermögen“, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/560839/grundgesetzeaenderung-fuer-verteidigung-und-sondervermoegen/> (Zugriff: 28.08.2025).

Prüfmaterial:

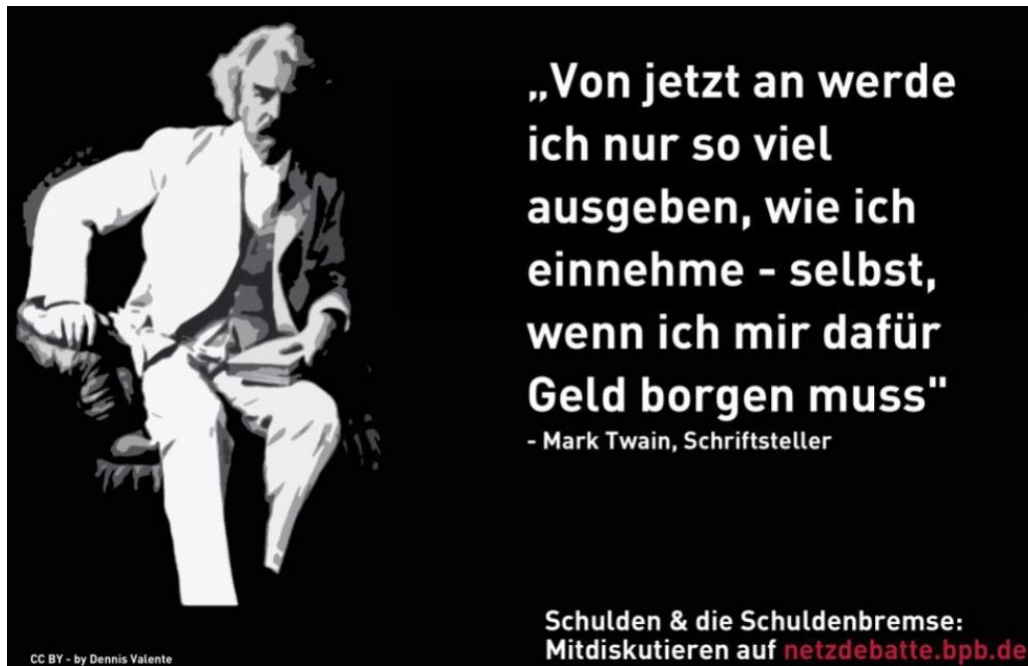
M4



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, abrufbar: <https://www.iwd.de/artikel/schlagloecher-fuer-die-deutsche-wirtschaft-568286/> (Zugriff: 10.09.2025).

Einstieg:

M1



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/208125/von-adam-smith-bis-michael-sommer-stimmen-und-zitate-zu-schulden-und-der-schuldenbremse/> (Zugriff: 30.08.2025).

Sachmaterial/Tendenzmaterial:

M2 Staatsverschuldung

Wie finanzieren sich Staaten?

Staaten nehmen Steuern und Abgaben ein. Wenn der Staat sich zusätzlich dazu verschuldet, gibt er Staatsanleihen heraus, also Schuldscheine, die dann von Investoren gekauft werden. Die Käufer sind überwiegend professionelle Investoren, also Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds – aber auch Anleger. [...]

5

Deutsche Staatsanleihen gelten als sichere Anlagen. Die Zinssätze sind relativ gering. Das liegt eben daran, dass die Investoren darauf vertrauen, ihr Geld auch zurückzukriegen. Zinsen steigen absehbar bei steigenden Schulden. Daran können Staaten auch scheitern – wenn die Zinslast so hoch ist, dass man sie durch normales Wirtschaftswachstum nicht mehr ausgleichen kann.

10

Beispiele für sogenannte Staatspleiten in den vergangenen Jahrzehnten waren mehrfach Argentinien sowie der De-Facto-Bankrott von Griechenland in der Euro-Krise ab 2010 [...]

Warum nehmen Staaten Schulden auf?

„Es ist wichtig zu verstehen, dass Schulden ein wichtiges Gestaltungsmittel sind“, sagt der Wirtschaftshistoriker Florian Schui von der Universität St. Gallen. In der langen historischen Sicht hätte sich die Wirtschaft, wie wir sie jetzt kennen, ohne Schulden nicht entwickelt. Schulden seien „nicht per se ein Teufelszeug, sondern ein wichtiges ökonomisches Instrument“. Die Schwierigkeiten bei Schulden seien „eigentlich politisch hausgemacht“ gewesen, sagt Schui und nennt die Probleme Griechenlands und anderer Staaten in Folge der Weltfinanzkrise von 2008. „Das hatte ganz viel damit zu tun, dass man seitens der

15

20

Finanzmärkte Zweifel daran hatte, ob die Europäische Zentralbank diese Länder hinreichend unterstützen würde.“[...]

Was sind Unterschiede zwischen privaten und staatlichen Schulden?

25 Bei Staaten, betonen Ökonomen, läuft Verschuldung anders als bei Privatpersonen – sonst würden Länder wie die USA und Japan mit ihren hohen Verschuldungsquoten längst keine Kredite mehr bekommen. Der Markt vertraut ihnen aber offenbar noch immer – was eine Bank bei einer Privatperson, die nach immer mehr Geld fragt, niemals tun würde.[...]

Wieso Ökonomen Deutschland jetzt zu Schulden raten?

30 „Ob wir aus diesem Jahrzehnt mit einer Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herausgehen, macht makroökonomisch wirklich kaum einen Unterschied, für Frieden und Freiheit in Europa aber einen sehr großen Unterschied“, sagt Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft der Tagesschau. [...]

Wie hoch sind die deutschen Schulden und wie stark werden sie wachsen?

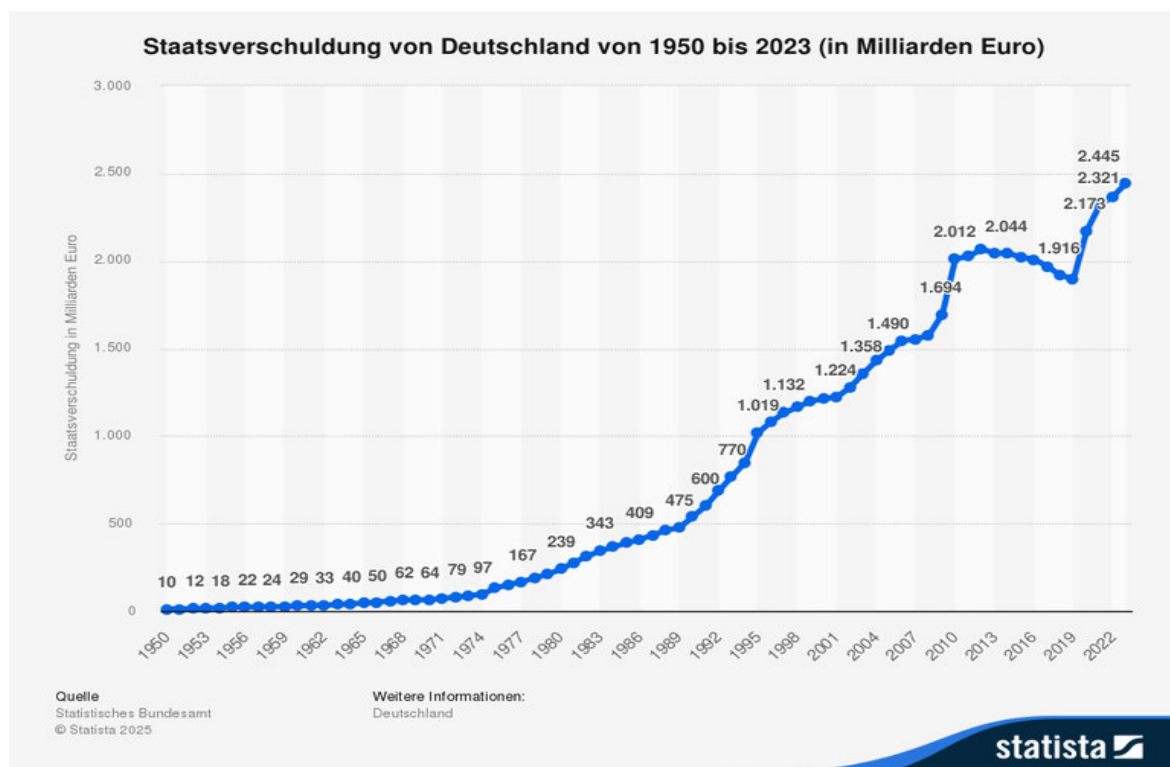
35 Ende des Jahres 2023 betrug die Staatsverschuldung Deutschlands rund 2,45 Billionen Euro. Diese Zahl bezieht sich auf den öffentlichen Gesamthaushalt. Dazu gehören die Haushalte vom Bund, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Sozialversicherung (einschließlich aller Extrahaushalte).

40 Demnach ist die Staatsverschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent gestiegen und erreichte einen neuen Höchststand. Für 2024 kam auf Bundesebene noch eine Nettoneuverschuldung von rund 33 Milliarden Euro hinzu. [...]

Quelle: Deutschlandfunk Kultur: „Warum Staatsschulden kein ‚Teufelszeug‘ sind“, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/staat-schulden-geschichte-deutschland-100.html#WiefinanzierensichStaaten> (Zugriff: 01.09.2025).

Prüfmaterial:

M3

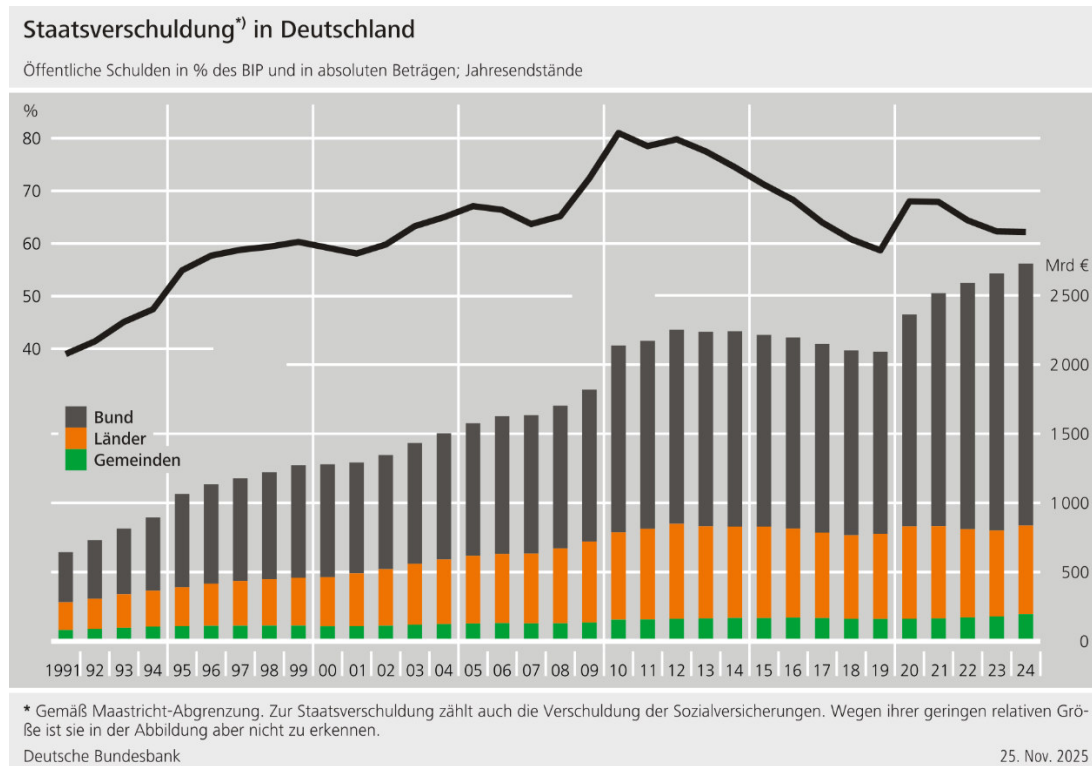


Glossar:

Staatsverschuldung: Als Staatsverschuldung werden die Schulden sämtlicher Haushalte aller Gebietskörperschaften bezeichnet. Diese Verbindlichkeiten in Form von offenen Krediten, Darlehen und Anleihen sind brutto ausgewiesen, d. h. sie werden nicht mit dem staatlichen Vermögen verrechnet. Neben den Verbindlichkeiten des Bundes, der Länder und Gemeinden sind auch solche der Sozialversicherungen enthalten.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, abrufbar unter: <https://www.fes.de/wissen/schulden-deutschland> (Zugriff: 30.09.2025).

M4



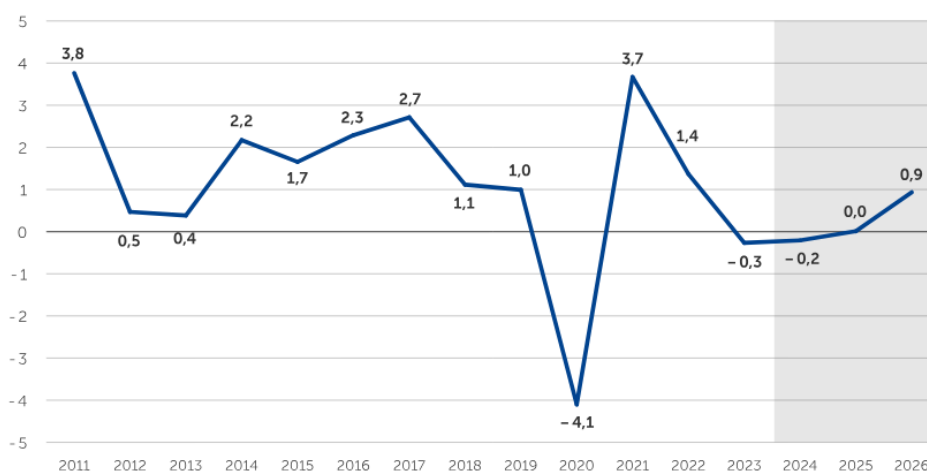
Schuldenstandsquote: Die Schuldenstandsquote von Deutschland ist ein wirtschaftlicher Indikator, der das Verhältnis der Gesamtverschuldung zur Größe der Wirtschaft darstellt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Quelle: Statistisches Bundesamt, abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Generationengerechtigkeit/10-schuldenstandsquote.html> (Zugriff: 30.09.2025).

M5

Wirtschaftsleistung (BIP) Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr¹



¹preisbereinigte Veränderung in Prozent; Quelle: Destatis; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel, Stand 12.12.2024

ifw-kiel.de

FORSCHUNGSGRUPPE KONJUNKTUR & WACHSTUM

Quelle Institut für Weltwirtschaft, abrufbar unter:

<https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/aktuelles/winterprognose-ifw-kiel-deutsche-wirtschaft-duerfte-2025-nur-stagnieren/> (Zugriff: 12.09.2025).

M6

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2023 – 2026



	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt (BIP), preisbereinigt ¹	- 0,3	- 0,2	0,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt, Deflator ¹	6,1	3,0	1,8	1,6
Verbraucherpreise ¹	5,9	2,2	2,2	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept) ¹	- 0,6	- 0,1	0,1	0,7
Erwerbstätige im Inland (Mio)	46,0	46,1	46,0	46,0
Arbeitslosenquote (Prozent) ²	5,7	6,0	6,3	6,3
<i>Prozent des nominalen BIP</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 2,1
Schuldenstand	62,7	63,2	63,9	64,4
Leistungsbilanz	5,9	6,2	5,6	5,2

¹Veränderung ggü. dem Vorjahr in Prozent; ²Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit. | Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel, Stand 12.12.2024

ifw-kiel.de

FORSCHUNGSGRUPPE KONJUNKTUR & WACHSTUM

Quelle Institut für Weltwirtschaft, abrufbar unter:

<https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/aktuelles/winterprognose-ifw-kiel-deutsche-wirtschaft-duerfte-2025-nur-stagnieren/> (Zugriff: 12.09.2025)

M7

Einnahmen 2024: 434,2 Mrd. €			Ausgaben 2024: 476,8 Mrd. €		
Posten	In Mrd. €	%	Posten	In Mrd. €	%
Umsatzsteuer	109,6		Arbeit & Soziales ¹	176,7	
Lohnsteuer	109,5		Verteidigung	51,9	
Einfuhrumsatzsteuer	42,0		Verkehr und Digitales	44,1	
Energiesteuer	36,3		Bundesschuld	41,6	
Einkommenssteuer	31,9		Bildung und Forschung	21,5	
Körperschaftssteuer	23,4		Gesundheit	16,7	
Versicherungssteuer	17,6		Energie- und Wasserwirtschaft	13,7	
Tabaksteuer	16,1		Entwicklungshilfe	12,2	
Solidaritätszuschlag	12,3		Wirtschaft und Klimaschutz	11,1	
Kfz-Steuer	9,6		Öffentliche Sicherheit	7,3	

¹davon 107,6 Mrd. € in die gesetzliche Rentenversicherung und 36,6 Mrd. € für Arbeitslosengeld II, Bürgergeld und Beteiligungen an Unterkunft und Heizung

Quelle: www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html (24.07.2024)

Stunde 5+6:

M1 Einstieg: Franz Josef Strauß: Staatsverschuldung

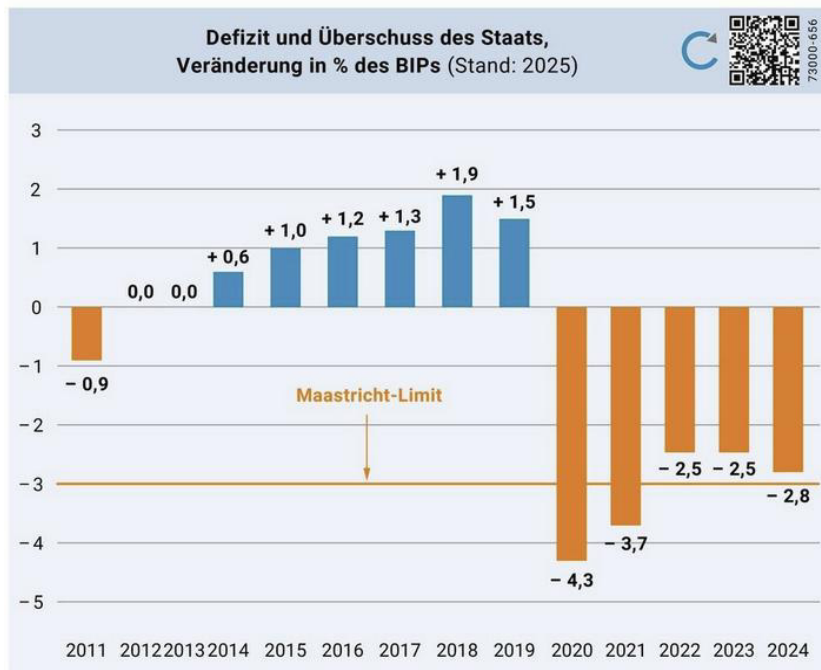
<https://www.youtube.com/watch?v=M0r2DCm89AA>

Prüfmaterial:

M2: siehe M3 aus Stunde 3+4

M3: siehe M4 aus Stunde 3+4

M4



© C.C.Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Eurostat (Datenerhebung: 2025; Grafikerstellung: 2025)

Quelle: BAUER, G. et al. (2026): Wirtschaft/Politik – Qualifikationsphase. Bamberg: Buchners, S. 68.

M5 Wie wirkt der Vertrag von Maastricht als Schuldenbremse?

Mit dem Vertrag von Maastricht, der offiziell als Vertrag über die Europäische Union bekannt ist, wurden die Grundsteine für die Europäische Union (EU) in ihrer heutigen Form gelegt. Er war das Ergebnis mehrjähriger Beratungen zwischen den Regierungen der beteiligten Länder. [...]

Der Vertrag gibt [...] vor, wie die Umsetzung des Euro in der Praxis aussehen sollte. Dazu gehörte auch die Festlegung von Voraussetzungen, die ein Land erfüllen muss, um dem Euroraum beizutreten. Diese speziellen Regeln, die gelegentlich auch als Maastricht-Kriterien oder Konvergenzkri-

terien bezeichnet werden, sollen dafür sorgen, dass die Preisstabilität im Euroraum auch dann gewährleistet bleibt, wenn neue Länder beitreten. [...]

[Eines dieser Kriterien beschreibt auch Regeln zum öffentlichen Schuldenstand:] **Das jährliche Haushaltsdefizit eines Landes sollte 3% und der öffentliche Schuldenstand insgesamt 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten.**

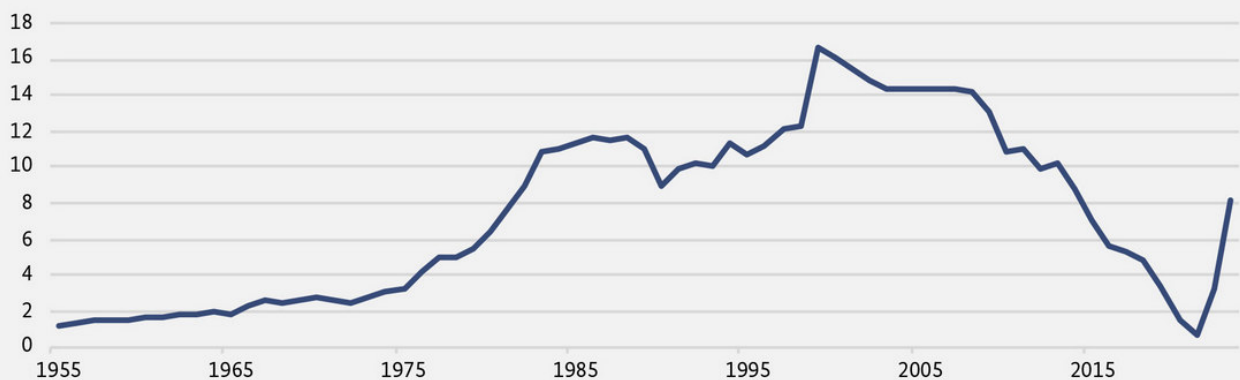
© Europäische Zentralbank: Fünf Dinge, die Sie über den Maastricht-Vertrag wissen sollten. In: www.ecb.europa.eu, Abruf am 09.10.2023

Quelle: BAUER, G. et al. (2026): Wirtschaft/Politik – Qualifikationsphase. Bamberg: Buchners, S. 67.

M6

Zinsausgabenquote 1955 bis 2023

Zinsausgaben in Relation zu den Ausgaben des Bundeshaushalts, in Prozent



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

M7

Um zu bewerten, ob Staatsschulden zu hoch sind, gibt es zahlreiche Kennzahlen, z.B.:

Die **Nettokreditaufnahme (Neuverschuldung)** bezeichnet die Differenz zwischen den aufgenommenen und den getilgten Krediten eines Staates innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Die **Staatsschuldenquote** beschreibt die Gesamtverschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung in Form des Bruttoinlandsprodukts (=BIP) in Prozent. Die **Defizitquote** beschreibt das Verhältnis des staatlichen Haushaltsdefizits zum BIP, ausgedrückt in Prozent. Die **Zinsausgabenquote** bezeichnet den Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts in Prozent. Die **Zins-Steuer-Quote** zeigt, wie viel Prozent der Steuereinnahmen für Zinsausgaben verwendet werden.

Quelle: Schierke, J.: „Schulden machen für die Zukunft“, abrufbar unter: <https://www.zeitfuerdieschule.de/content/uploads/2024/11/2411-ZEIT-ZfdS-Staatsverschuldung.pdf> (Zugriff: 20.09.2025).

Einstieg:

M1



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/208125/von-adam-smith-bis-michael-sommer-stimmen-und-zitate-zu-schulden-und-der-schuldenbremse/> (Zugriff: 20.09.2025).

M2

Warum verschuldet sich der Staat?

Dass sich Staaten verschulden, ist nicht ungewöhnlich und durchaus nachzuvollziehen, da es nur selten zu einem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenem Budget kommt. Zu groß sind die Unsicherheiten bei der Steuerschätzung. Zum Ausgleich der Fehlbeträge werden kurzfristige Kassenverstärkungskredite aufgenommen. Ein anderer Grund staatlicher Kreditaufnahme resultiert aus Maßnahmen im Rahmen einer antizyklischen Finanzpolitik, um bei rückläufigen Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit staatliche Konjunkturprogramme zu finanzieren. Dabei liegt die Überlegung zu Grunde, dass bei anspringender Konjunktur Steuermehreinnahmen generiert werden, mit denen die Staatsschulden wieder abgebaut werden können. Die Budgetpraxis des Staates zeigt allerdings, dass

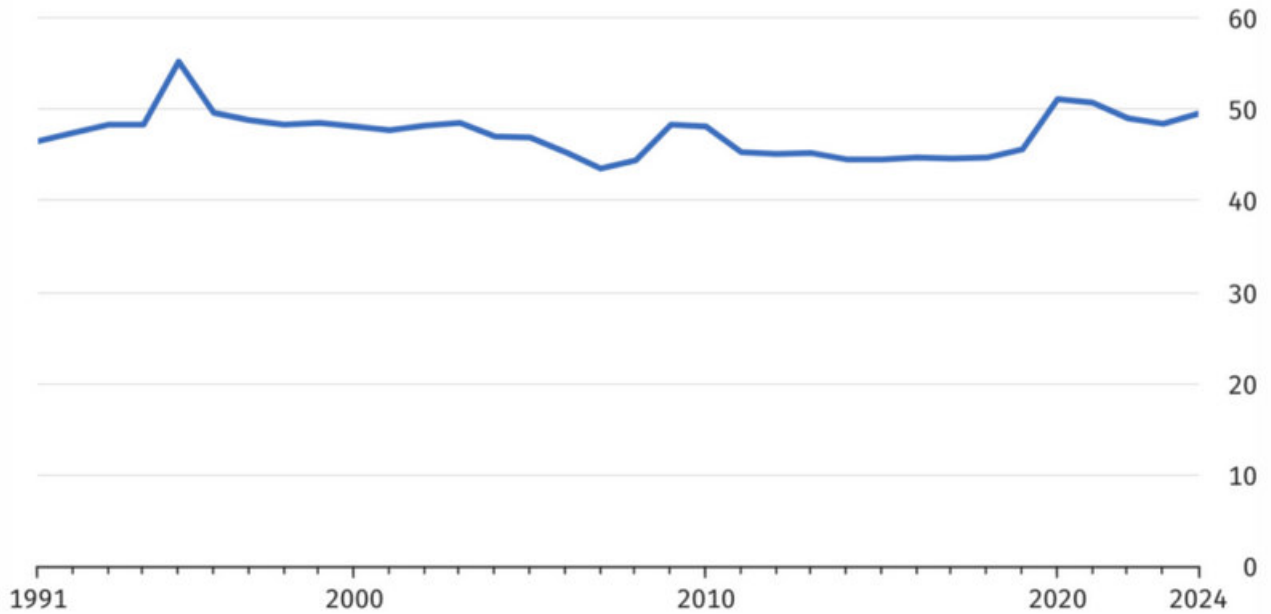
Mehreinnahmen nicht zur Schuldentilgung, sondern für andere Zwecke ausgegeben werden. Besonders problematisch wird es, wenn es zur strukturellen Verschuldung kommt. Dies ist dann der Fall, wenn die Steuereinnahmen die Ausgaben über lange Zeiträume nicht decken.

Bauer, M. (2013).: *Kompendium Politik. Politik und Wirtschaft für die Oberstufe*. Bamberg: Buchners.

M3 Entwicklung der Staatsquote in der BRD

Staatsquote

in %

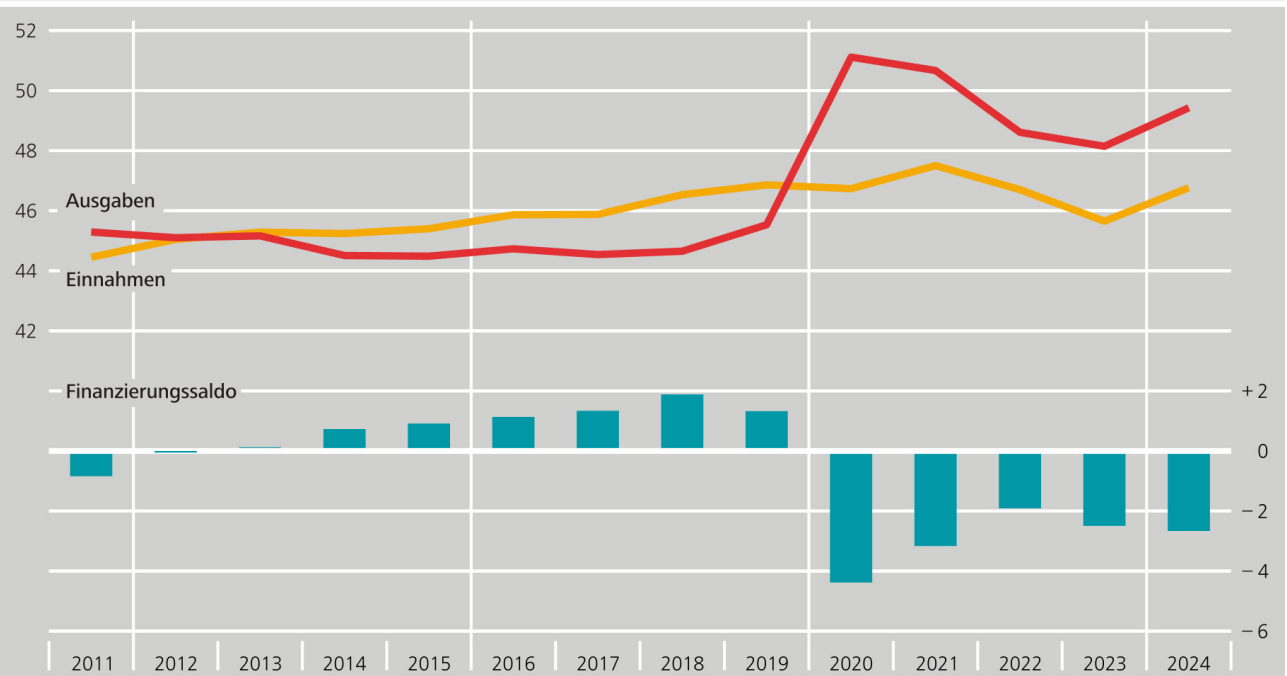


© Statistisches Bundesamt (Destatis). 2025

M4

Kennziffern des Staatshaushalts*) in Deutschland

in % des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Staatlicher Gesamthaushalt in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Finanzierungssaldo ergibt sich als Differenz von Einnahmen und Ausgaben.

Weitere aktuelle Informationen in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank im Februar, Mai, August und November.

Deutsche Bundesbank

25. Nov. 2025

M1a Gesetz zur Haushaltswirtschaft – Art. 109 GG

	(1) Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig. [...]	Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. [...]	15
5	(3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche		20
10			25

Quelle: BAUER, G. et al. (2026): Wirtschaft/Politik – Qualifikationsphase. Bamberg: Buchners, S. 67.

alternativ:

M1b Schuldenbremse

In der Bundesrepublik galt bis 2009 die sogenannte Goldene Regel, die die Aufnahme von Schulden lediglich für zwei Dinge erlaubt hat: für neue Investitionen und für Konjunkturpolitik, um wirtschaftliche Einbrüche zu bekämpfen. Beides – so die Kritik – war aber nicht eindeutig genug formuliert, sodass Politiker*innen regelmäßig diese Regel umgingen und der Schuldenstand der Bundesrepublik in den 1970er und 1990er Jahre stark anstieg. Deswegen kam es in den Jahren 1989 und 2007 zu zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, in dem die Regierung verpflichtet wurde, eine eindeutige Formulierung der Begrenzung der Aufnahme neuer Schulden vorzunehmen. Dem Gericht ging es dabei explizit darum, zukünftige Generationen und deren Regierungen vor zu hohen Schulden zu schützen. In diesem Sinn ist die Schuldenregel der Bundesrepublik, die im Mai 2009 von einer großen Mehrheit des Bundestages verabschiedet und in das Grundgesetz aufgenommen wurde, ausgestaltet: Sie soll das Wachstum der Schulden des Staates bremsen. Deswegen der Name: Schuldenbremse. Konkret besteht die Schuldenbremse aus zwei Teilen. Der erste Teil – die sogenannte Strukturkomponente – erlaubt jedes Jahr die generelle Aufnahme von neuen Schulden in Höhe von bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Kreditaufnahme ist unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation. [...]

Der zweite Teil erlaubt es der Regierung, auf die konjunkturelle Lage zu reagieren. Zum Beispiel soll die Regierung in einer Rezession, in der es zu wenig gesamtwirtschaftliche Nachfrage gibt, mit Hilfe einer höheren Nachfrage durch den Staat die Wirtschaft unterstützen können. Dazu muss sie für die höheren Ausgaben nicht sofort Einnahmen generieren. Der zweite Teil der Schuldenbremse wird deswegen als *Konjunkturkomponente* bezeichnet. Deren Berechnung folgt einer Formel, die die Abweichungen des

25 konjunkturellen Verlaufs vom Potenzial der Wirtschaft misst. Liegt die tatsächliche
Wirtschaftsleistung unter ihrem errechneten Potenzial, darf die Regierung mehr Schulden
30 machen. Diese Komponente ist symmetrisch gestaltet, das heißt, im Gegenzug müssen in
wirtschaftlich guten Zeiten konjunkturell bedingt aufgenommene Schulden wieder
abgebaut werden. Zentral in dieser Berechnung ist die genaue Definition des
wirtschaftlichen Potenzials. Hierzu wird geschätzt, welche Größe die deutsche Wirtschaft
hätte, wenn es Vollbeschäftigung im Arbeitsmarkt und einen effizienten Einsatz des Kapitals
geben würde.

Die Schuldenbremse verfügt auch über eine Ausnahmeklausel für Notfälle. Dazu gehören
Naturkatastrophen, Kriege und Pandemien. Der Bundestag hat im Zusammenhang mit der
Corona-Pandemie 2020 und 2021 sowie nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022
35 beschlossen, dass Ausnahmesituationen vorliegen. Dadurch finanzierte der Staat
wirtschaftliche Impulse wie das Kurzarbeitergeld und diverse Konjunkturpakete während
der Pandemie sowie die Strom- und Gaspreisbremsen in Folge des Ukraine-Kriegs.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: „Staatshaushalt und Schuldenbremse“, abrufbar unter:
<https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/unter-druck/558524/staatshaushalt-und-schuldenbremse/>
(Zugriff: 26.08.2025).

M2 Position zur Schuldenbremse

Die Schuldenbremse löst viele Debatten aus und polarisiert teilweise auch. Woran liegt das?

Die Schuldenbremse verlangt Mut zur Klarheit. Sie verlangt Prioritätensetzung. Sie verlangt das
aktive Eintreten für bestimmte Schwerpunkte und das Zurückstellen anderer Wünsche. Aus
5 diesem Grund steht sie im Zentrum der politischen Auseinandersetzung um die aus Sicht von
Politikerinnen und Politikern immer zu knappe Ressource Steuergeld. [...] In einer alternden
Gesellschaft mit potenziell immer weniger Menschen, die im Berufsleben stehen, wäre das
keine verantwortliche Vorgehensweise.

**Wie schaffen wir es, den großen Investitionsbedarf für die Infrastruktur, Bundeswehr und
10 Transformation der Wirtschaft zu finanzieren?** Die Schuldenbremse gibt uns mittelfristig
Raum für Investitionen, weil sie verhindert, Steuergeld für Zinsen statt für Investitionen
einsetzen zu müssen. Beispielsweise zahlen wir jetzt ja gut 40 Mrd. Euro an Kapitaldienst, vor
wenigen Jahren waren es nur 4 Mrd. Euro. Wer weiß, wie sich diese Entwicklung in den nächsten
Jahrzehnten fortsetzen würde, wenn wir die Schuldenquote unseres Landes immer erhöhen
würden? Stattdessen müssen wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern.
15 [...] Und innerhalb des öffentlichen Haushalts müssen wir umsteuern von Konsum und
Umverteilung weg und hin zu Investitionen sowie Entlastung des privaten Sektors. In diesem
Prozess sind wir. Jeder kann verfolgen, dass dies nicht frei von Kontroverse ist.

**Die deutsche Wirtschaft hat erkennbare strukturelle Probleme. Was kann und sollte der
20 Bund jetzt tun?**

Wir investieren auf Rekordniveau in die öffentliche Infrastruktur und in Digitalisierung. Mehr ist
kaum sinnvoll, denn zusätzliche Milliarden an öffentlichen Geldern bei begrenzten
volkswirtschaftlichen Kapazitäten würden möglicherweise die Inflation anheizen. Wir sehen in
den USA, dass die dortige, expansiv angelegte Finanzpolitik der vergangenen Jahre auch jetzt
25 wieder zu steigenden Preisen geführt hat. Die Schuldenbremse ist auch eine Inflationsbremse.
Daneben müssen wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern. Hier haben

wir ein Verhältnis eins zu neun: 90 Prozent aller Investitionen stammen aus dem privaten Bereich, 10 Prozent vom Staat. Das ist auch bei Investitionen in die Dekarbonisierung nicht anders. Das klimafreundliche Auto bezahlt nicht der Staat, sondern es wird entwickelt und
30 gekauft von privaten Akteurinnen und Akteuren. Die neue Fabrik klimafreundlich zu machen, das machen die Investorinnen und Investoren, das macht die Unternehmerin oder der Unternehmer, im Denken daran, dass es eine gute Investition ist, die sich auszahlt. Vor diesem Hintergrund ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass man am Standort Deutschland Zukunft schaffen will und nicht im Ausland, wie es leider noch zu oft
35 passiert.

Quelle: Bundesfinanzministerium: „Im Interview mit Christian Lindner“ vom 23.04.2024, abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/04/Inhalte/Kapitel-2a-Fokus/interview-mit-christian-lindner.html> (Zugriff: 1.10.2025).

M3 Kluge Schulden heute sind der Wohlstand von morgen

Marcel Fratzscher hält es für falsch, starr an der Schuldenbremse festzuhalten. Dass Sparen gut und Schulden schlecht sind, sei ein grundlegendes deutsches Missverständnis. Aufklärung ist gefragt. [...]

Von klein auf wird Kindern in Deutschland beigebracht, Sparen sei uneingeschränkt gut. Das
5 politisch inkorrekte Bild der schwäbischen Hausfrau wird auch von Finanzministern gerne zitiert: Man müsse erst Geld erwirtschaften und sparen, bevor es ausgegeben werden könne. [...] Die öffentlichen Vermögenswerte wie Straßen, Brücken, Schulen, öffentliche Einrichtungen, Beteiligungen und andere Finanzvermögen sind geschrumpft. Und genau hier liegt das Problem bei der deutschen Obsession hinsichtlich der Schuldenbremse. Die
10 Schuldenbremse ist blind, wenn es darum geht, wofür der Staat sein Geld ausgibt. Sie behandelt Investitionen genauso wie öffentlichen Konsum oder staatliche Subventionen. Der Widerspruch im öffentlichen Diskurs liegt darin, dass Unternehmen und Bürger sich über zu hohe Schulden und eine schlechte Infrastruktur beklagen, aber gleichzeitig auch weniger Steuern und Abgaben zahlen wollen.

15 Natürlich möchten wir alle einen möglichst effizienten Staat, aber wir müssen uns entscheiden, worauf wir unsere Prioritäten legen wollen – mehr Ausgaben mit geringeren Schulden und weniger Steuern, das ist logisch unvereinbar. Dies führt zum dritten Widerspruch im Diskurs um die Schuldenbremse. Kein Tag vergeht ohne Kritik von Politikern, wir könnten uns keine Schulden leisten, weil dies zulasten künftiger Generationen ginge. Aber
20 was wollen junge Menschen und künftige Generationen für ihre Zukunft? Der deutsche Staat zahlt heute lediglich 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an Zinsen für seine Schulden. Was wir von Umfragen heute wissen, ist, dass es jungen Menschen wichtig ist, eine intakte Umwelt, gute Arbeitsplätze, Freiheit, ein gutes Bildungssystem, eine leistungsfähige Daseinsfürsorge, sozialen und geopolitischen Frieden zu haben. Und genau dafür sind
25 staatliche Investitionen heute dringender denn je.

Gerade der deutsche Staat hat mit seinem Sparkurs in den vergangenen zwanzig Jahren der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft geschadet und lebt nach wie vor von seiner Substanz. Dabei sind manche (nicht alle!) Schulden heute die Voraussetzung für einen schnelleren Abbau von Schulden in der Zukunft: Für jede 100 Euro, die der Staat

30 heute in Bildung investiert, erhält er langfristig 200 bis 300 Euro durch höhere Steuereinnahmen zurück. Wir brauchen dringend ein Umdenken in der Diskussion um die Schuldenbremse und Investitionen. Kluge Schulden heute – ausgegeben für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation – sind gute Schulden, weil sie die Grundlage des Wohlstands von morgen sind.

Quelle: „Fratzcher, M.: „Kluge Schulden heute sind der Wohlstand von morgen“ vom 21.12.2023, abrufbar unter:https://www.diw.de/de/diw_01.c.889017.de/nachrichten/kluge_schulden_heute_sind_der_wohlstand_von_morgen.html (Zugriff: 01.10.2025).

Stunde 10+11:

Einstieg:

M1



'SONDERVERMÖGEN': IMMER AUF DIE KLEINEN!

Quelle: Janson, 19.03.2025, abrufbar unter: <https://janson-karikatur.de/tag/neuverschuldung/>.

M2a Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands stagniert seit einigen Jahren. Zugleich besteht in vielen Bereichen ein erheblicher Investitionsbedarf. Inzwischen ist dieser Investitionsstau auf mehrere Hundert Milliarden Euro angewachsen. [...] Zentrales Ziel ist es, das Leben der Bürgerinnen und Bürger und ihren Alltag besser und an vielen Stellen auch einfacher zu machen – durch bessere Kitas, Schulen, Straßen und Schienen, durch günstige und klimafreundliche Energie, durch schnelles Internet und zusätzlichen Wohnraum. [...]

Die einzelnen Bereiche für die Ausgaben des Sondervermögens im Überblick:

- Zivil- und Bevölkerungsschutz
- Verkehrsinfrastruktur
- 10 • Krankenhausinfrastruktur
- Energieinfrastruktur
- Bildungs-, Betreuungs- und Wissenschaftsinfrastruktur
- Forschung und Entwicklung
- Digitalisierung
- 15 • Bauen und Wohnen
- Sport [...]

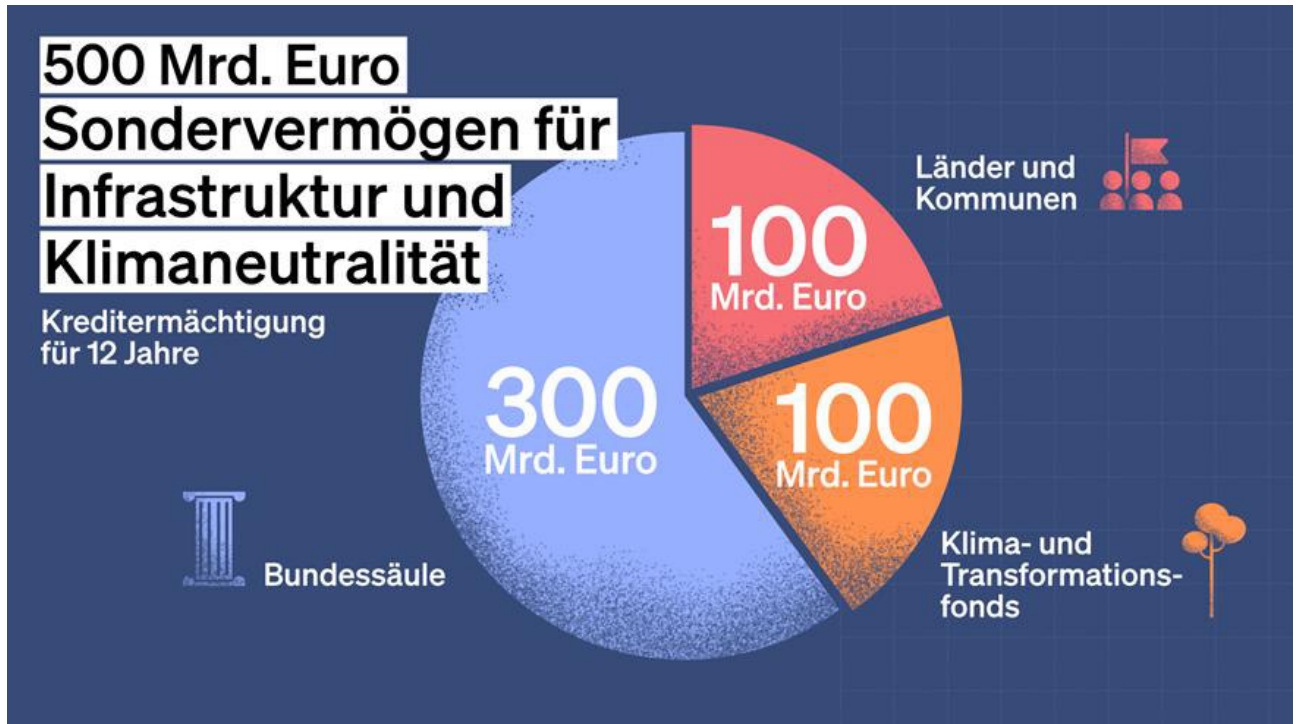
Teilweise sind schon ganz konkrete Projekte vorgesehen, beispielsweise bei der Brücken- und Straßensanierung. Teilweise werden bestehende, erfolgreiche Programme ausgeweitet, wie beispielsweise das Förderprogramm „Jung kauft Alt“, das Familien mit Kindern oder Alleinerziehende unterstützt, die eine bestehende Wohnimmobilie kaufen und energieeffizient sanieren. Teilweise müssen neue Programme und Projekte initiiert werden. [...] 100 Mrd. Euro (sind) für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) (vorgesehen): Der KTF leistet einen zentralen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele Deutschlands. Neben der Förderung von Effizienz und erneuerbaren Energien im Gebäudesektor, der Transformation der Industrie und der klimafreundlichen Mobilität sind der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz und seit 2025 auch der internationale Klimaschutz zentrale Aufgabenschwerpunkte des KTF. Darüber hinaus werden ab 2026 die privaten und gewerblichen Verbraucher bei den Netzentgelten erheblich entlastet – zusätzlich zu den bereits bestehenden Entlastungen bei den Energiekosten. Im Jahr 2026 sind Programmausgaben in Höhe von rund 37,4 Mrd. Euro geplant. [...]

Mit der Änderung des Grundgesetzes wurde auch festgeschrieben, dass das Sondervermögen dem Kriterium der „Zusätzlichkeit“ unterliegt. Investitionen aus dem Sondervermögen sind dann zusätzlich, wenn bereits im Kernhaushalt eine Investitionsquote von mindestens 10 Prozent erreicht wird [...]. Darüberhinausgehende Investitionen in den festgelegten Bereichen können durch das Sondervermögen finanziert werden. Damit stellt die Bundesregierung sicher, dass mehr investiert wird als in den Vorjahren. [...]

Das Sondervermögen ist kreditfinanziert. [...] Der Bund hat damit eine Kreditermächtigung von insgesamt 500 Mrd. Euro. Investitionen aus dem Sondervermögen können innerhalb einer Laufzeit von zwölf Jahren bewilligt werden. Die mit der Kreditaufnahme verbundenen Zinskosten trägt der Bundeshaushalt. Die Rückzahlung der Kredite soll spätestens ab dem 1. Januar 2044 beginnen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen: „Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“, abrufbar unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html (Zugriff: 1.10.2025)

Alternativ M2b 500 Mrd. Euro Sondervermögen in Bildern



Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html (Zugriff: 1.10.2025)



Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/SVIK/sondervermoegen-infrastruktur-klimaneutralitaet.html (Zugriff: 1.10.2025)

M3 Die Angst ist besiegt, es lebe der Mut

In Deutschland, so schien es, war vor allem eine Angst zuletzt besonders ausgeprägt: die Angst vor Staatsverschuldung und Inflation. Was wurde hierzulande in den vergangenen Wochen schwarzgemalt. Unser Wohlstand geriete in Gefahr. Es drohe eine neue Eurokrise. Deutschland könne sich so viele neue Schulden gar nicht leisten. Allein schon wegen seiner
5 Vorbildfunktion in Europa. Ach, was ängstlich, fast panisch wirkten manche Reaktionen auf die Schuldenpläne von Union, SPD und Grünen.

Mit der Unterschrift des Bundespräsidenten unter die geplanten Verfassungsänderungen ist das XXL-Finanzpaket für Infrastruktur und Verteidigung nun jedoch beschlossene Sache. Und es sieht so aus, als hätte am Ende nicht die Angst gesiegt, sondern der Mut. Denn das Gute
10 ist, Ängste lassen sich tatsächlich überwinden. So auch die Furcht der Deutschen vor den Schulden.

Dafür gibt es gute Gründe. Denn das Finanzpaket ist eine große Chance. Seit Jahren dümpelt das Wirtschaftswachstum vor sich hin. Berechnungen von Wirtschaftsforschungsinstituten zeigen, dass vor allem die geplanten Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur den erhofften
15 Schwung für die deutsche Wirtschaft bringen könnten. Zuwächse von ein bis zwei Prozentpunkten pro Jahr sind demnach möglich. Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen sowie in Bildung erhöhen zudem langfristig die Produktivität der Wirtschaft. Die höheren Verteidigungsausgaben dürften ebenfalls etwas Schwung bringen. All das sollte helfen, die Schuldensorgen der Deutschen weiter zu zerstreuen. Eine häufig genannte
20 Befürchtung lautet, Deutschland könne all die Schulden doch gar nicht zurückzahlen. Und das stimmt womöglich auch, zumindest nicht so schnell. Doch darum geht es nicht, wie Ökonominnen und Ökonomen immer wieder betonen. Die Zinsen müssen bezahlt werden, das ist wahr. Aktuell gibt Deutschland bereits rund sieben Prozent des Gesamthaushaltes für Zinsen aus. Die Belastung durch die Zinsen sollte nicht zu stark steigen, damit die Regierung
25 handlungsfähig bleibt. Staatsschulden werden aber in der Regel nicht zurückgezahlt. Wenn Staatsanleihen fällig werden, kann der Bund neue herausgeben.

Entscheidend ist, dass die Inflation und damit die Zinsen halbwegs stabil bleiben. Und dass die Wirtschaftsleistung schneller zulegt als die Staatsverschuldung. Dann fallen die Schulden
30 nämlich nicht so stark ins Gewicht, durch steigende Steuereinnahmen könnten sie sich sogar selbst finanzieren. Deutschland kann sozusagen aus den Schulden herauswachsen, so wie es auch nach der Finanzkrise gelungen ist. Die Chancen dafür stehen gut. Auch weil Deutschland an den Finanzmärkten weiterhin eine Topbonität genießt, um sich zu guten
Konditionen Geld zu leihen. Höchste Zeit also, mit dem Schwarzmalen aufzuhören.

Natürlich gibt es Risiken. Es ist richtig, behutsam vorzugehen und die Investitionen über einen
35 längeren Zeitraum zu strecken, um die Inflation nicht anzuheizen. Auch sollte die nächste Regierung dafür sorgen, dass die Milliarden nicht versanden, sondern an den richtigen Stellen ankommen. Statt freigewordene Mittel für teure Wahlgeschenke auszugeben, sollte die Regierung die Investitionen mit Strukturreformen flankieren, damit sie ihre volle Wirkung entfalten. Die Bürokratie, die schleppende Digitalisierung, der Fachkräftemangel, es gibt viele
40 Probleme, die dringend angegangen werden müssen, um die deutsche Wirtschaft nicht nur kurzfristig, sondern nachhaltig zu beflügeln. Hier ist sicherlich noch mehr Mut gefragt. Aber aus Angst, es könnte schiefgehen, erst gar nicht zu investieren, wäre falsch.

Quelle: Iser, J: „Die Angst ist besiegt, es lebe der Mut“, vom 22.03.2025, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-03/schuldenpaket-finanzen-bundesregierung-schuldenbremse-sondervermoeagen> (Zugriff: 02.10.2025).

M4 „Diese massive Verschuldung ist ein Vergehen an der jungen Generation“

WELT: Die Bundesregierung will die Verteidigungsausgaben enorm steigern, weil wir in unsicheren Zeiten leben. Was halten Sie von der Planung?

Veronika Grimm: Weil sich die sicherheitspolitische Lage verschärft hat, ist ja die Grundgesetzänderung beschlossen worden. Diese Einschätzung ist sicherlich richtig. Man muss mehr für Verteidigung ausgeben. Aber man müsste eigentlich dafür sorgen, dass man perspektivisch die Verteidigungsausgaben wieder stärker aus dem Kernhaushalt stemmt. Das wäre eine große Kraftanstrengung, die notwendig wäre. Sie müsste institutionell unterlegt werden. Es gab verschiedene Vorschläge, diese Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse Stück für Stück wieder einzuhegen, indem man zunächst anfängt, dass man alles oberhalb von einem Prozent des BIP über zusätzliche Verschuldung finanzieren kann, und dann Stück für Stück diese Grenze anhebt, auf perspektivisch zwei Prozent. Damit schafft man einen Konsolidierungsbedarf im Haushalt; ist also gezwungen, Spielräume im Kernhaushalt zu schaffen, um zusätzliche Verteidigungsausgaben zu ermöglichen. Diesen Weg geht man nicht, und das führt jetzt dazu, dass wir in eine immense neue Verschuldung hineinlaufen, die perspektivisch den Schuldenstand deutlich in die Höhe treiben dürfte.

WELT: Die Grünen werfen der Bundesregierung nun vor, beim Haushalt zu tricksen. Friedrich Merz und Lars Klingbeil hätten versprochen, dass jeder Euro aus dem Schuldenfonds in neue Investitionen für die Infrastruktur gehe. Dies sei jetzt aber nicht der Fall. Haben die Grünen damit recht?

Grimm: Ja, und das war auch abzusehen, dass es so läuft. Man kann sich immer viel vornehmen. Aber: Wenn das Geld da ist, wird es auch ausgegeben. Wir sehen jetzt schon in den Haushaltsplanungen der Ministerien, dass da immense Forderungen gestellt werden. [...] Wenn viel Geld da ist, dann wird natürlich viel eingefordert. Und wenn man nicht mitmacht, dann zieht man nachher den Kürzeren, weil immer proportional gekürzt werden wird. [...] Deswegen gibt es jetzt diesen Überbietungswettbewerb. Deswegen gab es ursprünglich die Schuldenbremse. Und deswegen gab es ja auch die Warnungen, nicht zu groß zu denken bei den Verschuldungspotenzialen. Diese Warnungen hat man in den Wind geschlagen. Und jetzt steht man vor diesen Problemen.

WELT: Der Sozialetat ist weiterhin immens groß. Gibt es da Einsparmöglichkeiten, auch wenn die Union hier mit der SPD als Koalitionspartner sprechen muss?

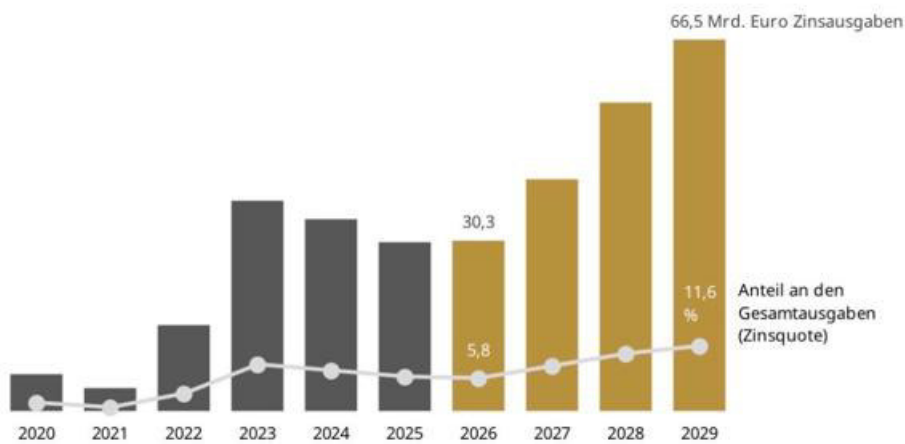
Grimm: Natürlich gibt es da prinzipiell Einsparmöglichkeiten.[...] Wir haben kein Einnahmeproblem. Wir haben in vielen Systemen ein Ausgabeproblem, das man adressieren müsste. Aber wenn man die Möglichkeit hat, diese Löcher schuldenfinanziert zu stopfen, dann wird man das sehen. Das ist ein Vergehen an der jungen Generation. Eigentlich müssten die jungen Menschen hier viel lauter werden und gegen diese Politik protestieren, weil man ihnen durch diese massive Verschuldung, die jetzt kommt, den Handlungsspielraum in Zukunft nimmt. Man sieht ja, dass die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer wird. Wir brauchen diese Handlungsspielräume dringend für die Zukunft. Es ist nicht verantwortungsvoll, jetzt leichtfertig so viel Geld auszugeben.

Quelle: Grimm, V.: „Die massive Verschuldung ist ein Vergehen an der jungen Generation“, vom 24.06.2025, abrufbar unter: <https://www.welt.de/wirtschaft/article256299592/Wirtschaftsweise-Grimm-Diese-massive-Verschuldung-ist-ein-Vergehen-an-der-jungen-Generation.html> (Zugriff: 02.10.2025).

Hinweis zu M4:

Art. 115 (2) GG: „Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz ist entsprochen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. [...]. Von den zu berücksichtigenden Einnahmen aus Krediten ist der Betrag abzuziehen, um den die Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten 1 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt übersteigen.“

M5 Prognose der Zinsausgaben



Erläuterung: Bis zum Jahr 2024 Ist-Werte, danach Soll-Werte. Die Werte zeigen die Zinsausgaben im Kapitel 3205. Sie fallen an für die Kredite, die dem Bundeshaushalt und dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zugerechnet werden. Zudem sind die Zinszahlungen für die vom Sondervermögen Bundeswehr aufgenommenen Kredite nach dessen Auslaufen zum 1. Januar 2028 berücksichtigt.

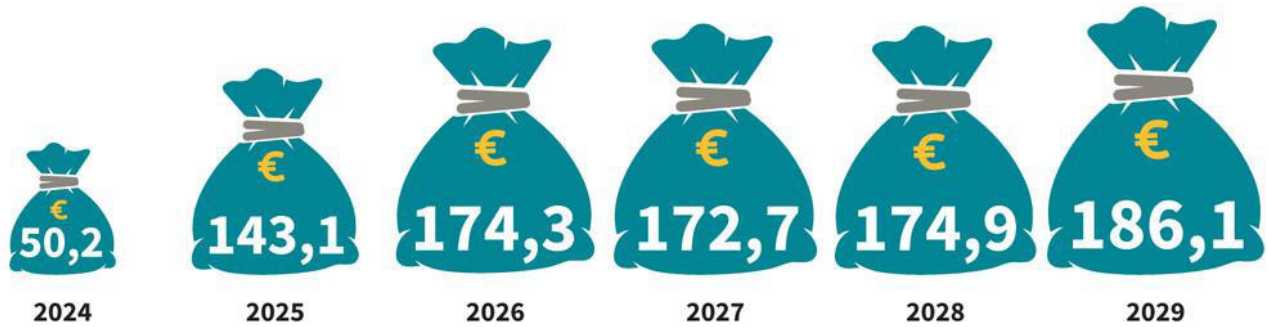
Grafik: Bundesrechnungshof. Quelle: Bundesregierung, Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029; BMF, Finanzberichte.

Stunde 12:

M1

Der Schuldenberg wächst

Jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes für Kernhaushalt und Sondervermögen in Milliarden Euro



Nettokreditaufnahme: Differenz zwischen der Aufnahme neuer Kredite und der Tilgung bestehender Schulden; ab 2025: Haushaltsplanung
Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, abrufbar unter:

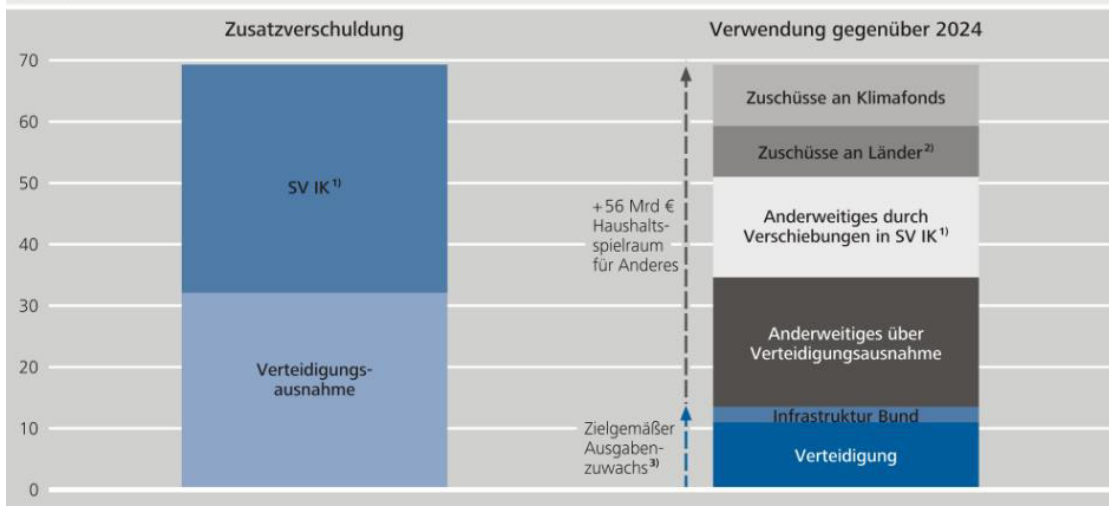
<https://www.iwd.de/artikel/bundeshaushalt-wo-das-geld-wirklich-hinfliesst-661271/> (Zugriff: 02.10.2025).

M2

Zusatzverschuldung des Bundes 2025 für Verteidigung und Infrastruktur soll anderweitige Haushaltsspielräume schaffen

Schaubild 5.4

Mrd €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität. **2** Investitionszuschüsse, die keinen Nachweis zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur erfordern (damit kurzfristig vor allem Haushaltsentlastung bei Ländern und Gemeinden angelegt). **3** Gegenüber den 2024 unter der alten Kreditgrenze finanzierten Ausgaben.

Deutsche Bundesbank

Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 08/2025, abrufbar unter:

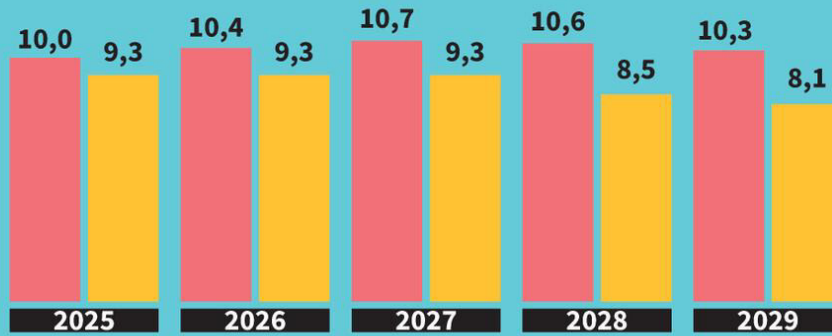
<file:///C:/Users/vmueh/Downloads/Monatsbericht---August-2025.pdf> (Zugriff: 2.10.2025).

Investitionsquote: Mindestvorgabe in Gefahr

Für den Kernhaushalt gilt eine Investitionsquote von 10 Prozent als Voraussetzung, dass die Regierung das Sondervermögen einsetzen darf

Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben im Kernhaushalt des Bundes in Prozent

- Haushaltsplanung
- Haushaltsplanung inklusive kreditfinanzierter Verteidigungsausgaben



Ohne finanzielle Transaktionen wie zum Beispiel Aktienkäufe

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, abrufbar unter:
<https://www.iwd.de/artikel/bundeshaushalt-wo-das-geld-wirklich-hinfliesst-661271/> (Zugriff: 02.10.2025).